

Von der Delegation der Republik San Marino und Andorra vorgelegte Entschliessung

Thema	Agenda 2030 nachhaltige Entwicklung
Betrifft	Einschränkung der Steuervorteile für alle UN-Mitglieder
Generalversammlung,	
betroffen	durch die Wahrung des Bankgeheimnisses durch bestimmte Staaten der internationalen Gemeinschaft wie die Marshallinseln, Luxemburg und Hongkong und die Besorgnis über die Kapitalflucht in diesen Ländern
Hinweis	dass die Zahl der Steueroasen in den letzten Jahren nicht abgenommen hat und sich laut EU-Bericht vom 24. Februar 2022 auf mehr als 19 Länder beläuft,
stark	besorgt über das Abfliessen von 427 Milliarden Dollar, ein Betrag, der dem norwegischem BIP entspricht, wodurch sie der Besteuerung der Staaten entgehen, was zu einem Einkommensmangel für sie führt und sie daher zwingt, die öffentlichen und sozialen Ausgaben zu senken und andere Steuern wie z.B. die Mehrwertsteuer zu erhöhen und in einigen Ländern die Lebenshaltungskosten erhöht,
betroffen	über die Nichtbesteuerung dieses Kapitals und die Nichteinhaltung der internationalen gegenseitigen Hilfe, wie wir bei der Schweiz sehen können, die diskret in ihren Kassen die Vermögen korrupter Eliten verdeckte und Geld aus mehreren Ländern wie Frankreich oder den USA stahlen,
betont	dass damit sehr hohe Gewinne zu Lasten von mehreren Milliarden Menschen gemacht werden und selbst wenn Banken wie die Credit Suisse und die UBS zu Schadenersatz verurteilt werden, diese nicht ausreichen,
beschädigt	vor allem durch die Prekarität der Lage der Bürger, verursacht durch den monumentalen wirtschaftlichen Schaden, der diesen Staaten zugefügt wird und der damit dem Wohl jedes einzelnen schadet.
Überzeugt	dass die weltweite Aufhebung des Bankgeheimnisses von grosser Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung ist und dass im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gegen das Bankgeheimnis vorgegangen werden muss, da es Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungen vertieft und dem Staat brauchbare Finanzen entzieht
Entschieden	ist die Einrichtung eines internationalen Abkommens, des N.S. (Nessun Segreto)-Abkommens, das vollständige Steuertransparenz zwischen den Mitgliedstaaten erfordert; - Dass dieses Abkommen von multinationalen Unternehmen und Steuerzahlern verlangt, ihre Einkünfte und Vermögen den Ländern mitzuteilen, in denen sie tätig sind, sowie die Anwendung globaler Mindeststeuersätze erzwingt und die künstliche Verlagerung von Gewinnen in Paradiessteuern verhindert. - wenn Länder das Abkommen nicht unterzeichnen, verpflichten sich die Unterzeichnerländer des Abkommens, die von den Nichtunterzeichnerländern angebotenen Waren und Dienstleistungen zu besteuern.

Le texte français fait foi